JOSEF BAUMGARTNER MARKUS MARTERBAUER JAN STANKOVSKY

LICH GEBREMST, ZUNEHMENDE IMPULSE VON DER BINNEN-NACHFRAGE

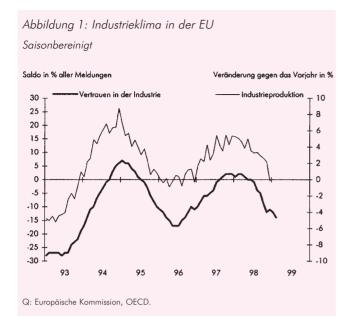
WIRTSCHAFTSTENDENZEN IN DER EU 1998

Die europäische Wirtschaft wuchs 1998 real um 2,8% (EU 11 +3,0%), die höchste Rate seit 1994. Produktion und Nachfrage erreichten ihren Höhepunkt im 1. Halbjahr. Ab dem Sommer trübte sich das Konjunkturklima infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien und Rußland ein, das Exportwachstum schwächte sich merklich ab. Hingegen gewann der private Konsum angesichts der günstigen Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung an Dynamik.

In der EU setzte Mitte 1996 ein Konjunkturaufschwung ein, der auch noch 1997 primär von der Auslandsnachfrage getragen war. Der lebhafte Welthandel, die starke Dynamik der Wirtschaft in den USA und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure ermöglichten eine kräftige Ausweitung der EU-Ausfuhr. Der Export blieb auch im 1. Halbjahr 1998 sehr rege und trug zu einem kräftigen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen bei. Die Währungskrisen in Südostasien, die im Sommer 1997 ausbrachen, beeinträchtigten den EU-Außenhandel zunächst wenig. Ab dem 2. Halbjahr 1998 hinterließ der tiefe Produktionseinbruch in den Krisenländern – das BIP dürfte in Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Thailand 1998 um 10% zurückgegangen sein – zusammen mit der schweren Wirtschaftskrise in Japan aber doch merkliche Spuren im EU-Außenhandel.

Ausgehend vom Ausfall des Exports nach Asien und verstärkt durch die labile Lage auf den internationalen Kapital- und Devisenmärkten und den Ausbruch der Wirtschafts- und Währungskrise in Rußland im August verschlechterte sich im Jahresverlauf 1998 die Stimmung in der europäischen Industrie merklich (siehe Kasten). Der Vertrauensindikator verringerte sich von einem Saldo aus positiven und negativen Antworten von +2 Prozentpunkten im Jänner 1998 auf –14 im Februar 1999. Die Sachgüterproduktion ging von ihrem Höhepunkt im Juli bis Dezember um 2½% zurück.

Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Christa Magerl, Martha Steiner und Sonja Wirgler.



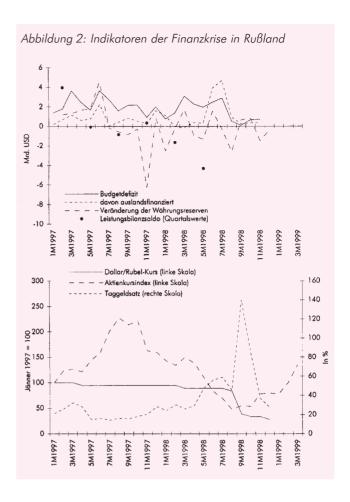
Die EU weist einen Überschuß im Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen auf. Die wichtigsten Bestimmungsgründe dafür sind die rege Nachfrage aus den USA und die in den letzten Jahren relativ schwache EU-Binnennachfrage. Der Leistungsbilanzüberschuß der EU trägt nicht zu einer Stabilisierung der Weltwirtschaft bei. Diese würde eine stärkere Ausweitung der Inlandsnachfrage notwendig machen, für die weiterhin erhebliche Spielräume bestehen.

PRIVATER KONSUM WIRD ZUM KONJUNKTURMOTOR

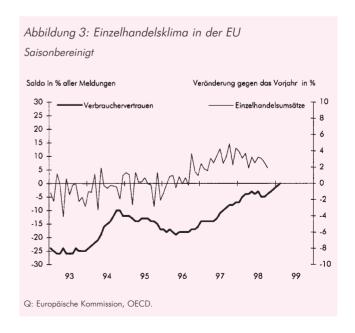
Die Abschwächung im Export wurde teilweise durch eine merkliche Belebung der Binnennachfrage ausgeglichen. Steigende Beschäftigung, kräftigere Lohnzuwächse, ein beträchtlicher Inflationsrückgang aufgrund des Preisverfalls auf den internationalen Rohstoffmärkten und eine weniger restriktive Fiskalpolitik als in den zwei Jahren zuvor ließen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich wachsen und ermöglichten eine Ausweitung der Nachfrage. Der private Konsum erhöhte

Innerhalb der EU gehörten in den neunziger Jahren Deutschland und Italien – Österreichs wichtigste Handelspartner im Binnenmarkt – zu den wachstumsschwachen Ländern.

sich im Jahresdurchschnitt in der EU real um 2,7% und übernahm damit die tragende Rolle für die Konjunktur. Auch die Ausrüstungsinvestitionen stiegen angesichts guter Gewinnlage und günstiger Absatzerwartungen kräftig (real +8%). Schwach blieben hingegen die Bauinvestitionen; angesichts des merklichen Rückgangs der langfristigen Zinsen haben sich die Aussichten aber wesentlich verbessert.



Das durchschnittliche Wachstum des BIP betrug 1990/1998 in Deutschland real nur 1,7% – um ½ Prozentpunkt weniger als in Österreich. Die restriktive Fiskalpolitik zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, die effektive Aufwertung der Jahre 1992/1995 und die tiefe Krise der Bauwirtschaft in den letzten Jahren dämpften die Nachfrage erheblich. 1998 belebte sich vor allem die Auslandsnachfrage, die Exportindustrie erreichte kräftige Produktionszuwächse, und die Ausrüstungsinvestitionen



Rußlands Finanz- und Zahlungsbilanzkrise

Die prekäre Lage des russischen Finanzsystems wurde Mitte 1998 durch vermehrten Kapitalabfluß und dadurch steigende Zinssätze verschärft, obwohl der Internationale Währungsfonds Ende Juli 1998 zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellte. Am 17. August 1998 beschloß die russische Regierung eine De-facto-Abwertung des Rubels, eine unilaterale Umstrukturierung der Rubelschulden der öffentlichen Hand und ein Moratorium von 90 Tagen für die Rückzahlung von Auslandsschulden.

Internationale Kapitalanleger – vor allem westliche Banken – hatten bei festem Rubelwechselkurs, hohem Zinsniveau und der Hoffnung auf "boil-outs" im Krisenfall umfangreiche Mittel auf die russischen Finanzmärkte transferiert. Der Verlust des Vertrauens in die Stabilität des russischen Wirtschafts- und Finanzsystems hatte weitreichende Kapitalabflüsse und eine massive Abwertung des Rubels zur Folge. Für die Verschärfung der Krise in der ersten Jahreshälfte 1998 dürften folgende Entwicklungen ausschlaggebend gewesen sein:

- Durch einen weiteren Rückgang der bereits niedrigen Steuereinnahmen und steigende Staatsausgaben verschlechterte sich die Finanzsituation des russischen Staates. Das Budgetdefizit mußte zunehmend in Fremdwährung finanziert werden.
- Der Preisverfall auf den internationalen Rohölmärkten bedeutete einen merklichen Rückgang der Exporterlöse; das Leistungsbilanzdefizit stieg¹).
- Da die fällig werdenden Schulden durch Kreditaufnahmen revolviert werden mußten, erhöhten sich die Zinssätze für Rubelschulden bei international sinkender Zinssatztendenz und hoher Liquidität massiv (kurzfristige Zinssätze April bis Juli 1998 +29,3 Prozentpunkte auf 58,8%).

Angesichts dieser Entwicklung kündigte die russische Regierung politische Maßnahmen an; im Juni und Juli wurden mit dem IMF, der Weltbank und Japan Unterstützungsprogramme beschlossen²). Diese brachten jedoch nur eine kurzfristige Erleichterung. Wichtige Maßnahmen wurden von der Duma aufgrund des Konflikts mit der russischen Regierung nicht bestätigt. Der Bankensektor geriet wegen des großen Anteils staatlich be-

gebener Papiere an der Wertpapierhaltung (die teils nicht mehr bedient wurden), der Höhe von Fremdwährungsverpflichtungen (teilweise aus hochspekulativen Devisentermingeschäften und zur Finanzierung der Käufe staatlich begebener Wertpapiere) und aufgrund sinkender Aktienkurse in Probleme. Zudem unterhalten die meisten Großbanken sehr enge Geschäftsbeziehungen zu wenigen, sehr großen Industriekonglomeraten, die ihrerseits vom Rückgang der Industrieproduktion besonders betroffen sind (Schätzung des IMF: BIP real 1998 –5,7%, Prognose für 1999 –8,3%).

Die starke Abwertung des Rubels nach der Ankündigung des Notfallprogramms im August (gegenüber dem Dollar –56,3% von August auf September) ließ die kurzfristigen Zinssätze im September auf 139% steigen und die Aktienkurse weiter sinken. Sie dürfte über den Anstieg der Importpreise einen Rückgang der Importe (hauptsächlich Lebensmittel und Konsumgüter) ausgelöst haben, darauf deutet auch der Anstieg der Verbraucherpreise von August auf September 1998 hin (+38,4%, Durchschnitt Jänner bis Juli +0,6% pro Monat).

Die Rekapitalisierung des russischen Bankensystems hat hohe Priorität im Krisenprogramm der Regierung. Dessen Erfolg hängt davon ab, wieweit insolvente Moskauer Großbanken – die über enge Verflechtungen mit der Industrie und gute politische Kontakte verfügen – liquidiert werden können, um die knappen Mittel im Sinne der Gesamtwirtschaft am effizientesten zu nutzen.

Die internationalen Entwicklungen – der Verlust an Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die Emerging Markets im Zuge der Asienkrise sowie der Verfall der Energiepreise – begünstigten den Ausbruch der Krise in Rußland. Die internen Probleme – insbesondere die steigende Staatsverschuldung, die durch Einnahmenausfälle zunehmend als "unsustainable" einzustufen war, und die Blockierung des Reformprozesses durch den Konflikt zwischen Regierung und Parlament – dürften aber den Ausschlag gegeben haben. Eine nachhaltige Entspannung der Situation in Rußland ist erst nach einer Lösung dieser beiden Problembereiche zu erwarten.

boomten. Allerdings kam der private Konsum nur langsam in Gang, und das Industrieklima verschlechterte sich im 2. Halbjahr im EU-Vergleich besonders stark. Das BIP expandierte im Jahresdurchschnitt real um 2,8%.

Italien verfolgte in den letzten Jahren die restriktivste Budgetpolitik aller EWU-Länder. Die Haushaltssanierung für den Eintritt in die Währungsunion machte hohe Überschüsse im Primärsaldo (ohne Zinszahlungen) not-

¹⁾ Anteil der Brennstoffe an den russischen Exporten 1996 über 43%; Rohstoffpreise laut HWWA-Index (Dollarbasis) im Jahresdurchschnitt 1998 –23%, OECD-Importpreis von Erdöl 12,7 \$ je Barrel (nach 19,1 \$ 1997). – 2) Nach Angaben der OECD wurde ein zusätzliches Hilfsprogramm von über 22 Mrd. \$ zusammengestellt (davon 11,2 Mrd. \$ vom Internationalen Währungsfonds).

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum, Inflation und Finanzierungssaldo

		oinlandsprodukt, re			braucherpreisindex		ssaldo aller öffentlich	
	Ø 1990/1998	1997	1998	1997	1998	1996	1997	1998
	Jährli	che Veränderung ir	n %	Veränderung gege	en das Vorjahr in %		In % des BIP	
EU	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,4	- 4,1	- 2,3	- 1,5
Euro-Raum	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	- 4,1	- 2,5	- 2,1
Deutschland	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,5	+ 0,6	- 3,4	- 2,7	- 2,1
Frankreich	+ 1,6	+ 2,3	+ 3,1	+ 1,3	+ 0,7	- 4,1	- 3,0	- 2,9
Italien	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	- 6,6	- 2,7	- 2,7
Spanien	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,9	+ 1,8	- 4,5	- 2,6	- 1,8
Niederlande	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,8	+ 1,9	+ 1,8	- 2,0	- 0,9	- 0,9
Belgien	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,9	- 3,1	- 1,9	- 1,3
Österreich	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,8	- 3,7	- 1,9	- 2,1
Finnland	+ 1,4	+ 6,0	+ 5,0	+ 1,2	+ 1,4	- 3,1	- 1,2	1,0
Portugal	+ 2,5	+ 3,7	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,2	- 3,3	- 2,5	- 2,3
Irland	+ 7,3	+10,6	+ 9,0	+ 1,2	+ 2,1	- 0,3	1,1	2,3
Luxemburg	+ 5,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 1,4	+ 1,0	2,8	2,9	2,1
Großbritannien	+ 2,0	+ 3,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	- 4,4	- 1,9	0,6
Schweden	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,0	- 3,5	- 0,7	2,0
Dänemark	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,3	- 0,9	0,4	0,8
Griechenland	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,5	- 7,5	- 3,9	- 2,4

wendig. Die Anstrengungen waren in bezug auf den EWU-Beitritt erfolgreich, bewirkten aber zusammen mit der restriktiven Geld- und Währungspolitik eine deutliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums – es betrug 1995/1998 real 11/4% pro Jahr, halb soviel wie im EU-Durchschnitt.

KONVERGENZ VON INFLATION, ZINSEN UND BUDGETSALDEN

Die Konvergenz zwischen den Teilnehmerländern der Währungsunion vollzog sich 1998 vor allem im Bereich von Inflation und Zinsen. Im EU-Durchschnitt stieg der Harmonisierte Verbraucherpreisindex um 1,4% (Euro-Raum +1,1%). Das kurzfristige Zinsniveau divergierte im Jänner 1998 zwischen Irland und Italien einerseits und dem "Hartwährungsblock" andererseits noch um 2½ Prozentpunkte, bis Jahresende war der einheitliche Zinssatz für den Eintritt in die EWU mit 31/4% erreicht. Die durchschnittlichen kurzfristigen Zinsen sanken im Euro-Raum von Jänner bis Dezember von 4,3% auf 3,4%, die langfristigen von 5,2% auf 4,0%. Der deutliche Zinsrückgang sollte mit einer gewissen Verzögerung vor allem in den früheren Hochzinsländern (Italien, Spanien, Portugal, Irland) positive realwirtschaftliche Effekte bringen – zunächst primär im Bereich der Bauinvestitionen.

Die Jahre 1996 und 1997 standen in der EU unter dem Eindruck der Bemühungen zur Erreichung der fiskalischen Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Währungsunion. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte verringerte sich von 5% (1995) auf 2½% des BIP. 1998 setzten die meisten EU-Länder keine weiteren Maßnahmen zur Verringerung der Haushaltsdefizite, vielfach liefen Einmalmaßnahmen der Vorjahre aus. Dennoch sank die Neuverschuldung aufgrund reger Steuereinnahmen bei günstiger Entwicklung von Einkommen und Inlands-

nachfrage weiter auf durchschnittlich 1½% des BIP (Euro-Raum 2¼%).

ARBEITSMARKT REAGIERT AUF KON-JUNKTURBELEBUNG

Das gemessen am Durchschnitt der neunziger Jahre relativ hohe Wirtschaftswachstum trug 1998 entscheidend zu einem Anstieg der Beschäftigung in der EU bei (+1%). Die Arbeitslosenquote verringerte sich leicht auf 10% der Erwerbspersonen. 1998 wiesen nur Luxemburg und die Niederlande eine niedrigere Arbeitslosenquote auf als Österreich.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die tragende Rolle der Binnennachfrage, die mit einer Ausweitung der relativ beschäftigungsintensiven Produktion von Gewerbe und Dienstleistungsbereich verbunden war, hatten 1998 eine leichte Entlastung auf dem Arbeitsmarkt der EU zur Folge. Die Beschäftigung wuchs um aut 1%. Damit erhöht sich die Zahl der Arbeitsplätze in der EU zwar seit nunmehr vier Jahren, das Niveau der Beschäftigung lag dennoch deutlich unter jenem von Anfang der neunziger Jahre. Die markanten Beschäftigungsverluste seit Beginn des Jahrzehnts gehen vor allem auf Deutschland zurück. Dort sank die Beschäftigtenzahl 1998 erstmals nicht mehr, sie blieb aber um 7% (2½ Mill.) unter dem Wert von 1991. Der Rückgang betraf primär Ostdeutschland (-17%), doch verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1991 und 1998 auch in Westdeutschland um gut 4%.

Obwohl sich das Arbeitskräfteangebot 1998 leicht ausweitete, ging die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt

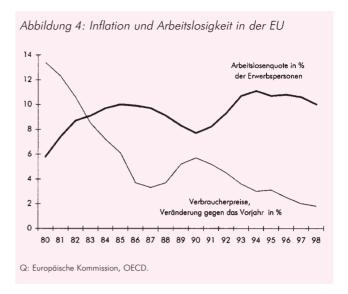
	Erwerb	stätige	Arbeitslos	enquote, star	standardisiert	
	1997	1998	1990	1997	1998	
	er Erwerbspe	rsonen				
EU	+0,5	+1,1	8,1	10,6	10,0	
Euro-Raum	+0,2	+1,1	8,2	11,9	11,0	
Deutschland	-1,3	±0,0	-	9,9	9,4	
Frankreich	+0,2	+1,3	8,9	12,4	11,9	
Italien	-0,2	+0,4	9,1	12,1	12,2	
Spanien	+2,7	+3,3	16,2	20,8	18,8	
Niederlande	+2,6	+2,5	6,2	5,2	4,0	
Belgien	+0,6	+1,3	6,7	9,2	8,8	
Österreich	+0,1	+0,9	3,2	4,4	4,5	
Finnland	+2,7	+2,4	3,2	12,6	11,4	
Portugal	+1,9	+2,5	4,6	6,8	4,9	
Irland	+3,2	+6,1	13,4	9,9	7,8	
Luxemburg	+3,1	+4,4	1,7	2,8	2,8	
Großbritannien	+1,8	+1,0	7,1	7,0	6,3	
Schweden	-1,1	+1,4	1,7	9,9	8,2	
Dänemark	+2,3	+2,2	7,7	5,6	5,1	
Griechenland	-0,5	+0,2	6,4	9,6	9,6	

um ½ Prozentpunkt auf 10% zurück. Sie variiert zwischen 2½% in Luxemburg und knapp 19% in Spanien. Anfang der neunziger Jahre hatte sie im EU-Durchschnitt noch 8% betragen. Zum leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte 1998 auch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung beigetragen haben.

Besonders stark war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern mit überdurchschnittlichem Wirtschaftsund Beschäftigungswachstum und intensiven Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik – Dänemark, Spanien, Irland, Niederlande, Portugal, Finnland. Österreichs Arbeitslosenquote (4,5% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey) war 1998 die drittniedrigste in der EU, bessere Werte erzielten neben Luxemburg erstmals auch die Niederlande.

DEUTLICHE ABSCHWÄCHUNG DES EU-AUSSENHANDELS IM JAHRESVERLAUF

Die Wirtschaftsleistung (BIP) der EU ist etwa so groß wie jene der USA: Zu laufenden Wechselkursen entfielen auf



die EU 1997 27,5% des Welt-BIP, auf die USA 27,4%, auf Japan 14,2% (Übersicht 1)¹). Die EU ist aber mit Abstand die wichtigste Macht im internationalen Handel: Auf sie entfielen 1997 40% des Weltexports, auf die USA hingegen nur 13%, auf Japan 8%.

Der Warenaustausch innerhalb der EU verliert allerdings die Merkmale des "Außenhandels" und wird zunehmend zu einem regionalen Handel. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Schaffung der Währungsunion zu Jahresbeginn 1999. Die elf teilnehmenden Länder fixierten zu diesem Stichtag unwiderruflich ihre Wechselkurse zur gemeinsamen Währung, dem Euro, der am 1. Jänner 2002 die nationalen Währungen ersetzen wird.

Auch ohne den innergemeinschaftlichen Warenaustausch ist die EU ein maßgeblicher Teilnehmer am internationalen Handel: Die Extra-Exporte der EU machen 20% der Weltexporte aus, jene der USA 17% und jene von Japan 11%. An der Importnachfrage gemessen rangiert die EU (17,7%) jedoch hinter den USA (20,8%). Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Außenhandels

¹⁾ Zu Kaufkraftparitäten trugen die EU 15 19,3%, die USA 20,6% und Japan 7,9% zum Welt-BIP bei (EU-Kommission, April 1999).

	BIP1)			Ex	port		Import				
	Mrd. ECU	Anteile am Welt-BIP in %	Mrd. ECU	In % der Weltexporte	In % der Exporte ohne Intra-EU- Handel	In % des BIP	Mrd. ECU	In % der Weltimporte	In % der Importe ohne Intra-EU- Handel	In % des B	
EU 15	7.324,6	27,5	1.880,0	39,7		25,7	1.767,6	36,2		24,1	
Intra-Handel			1.159,6	24,5		15,8	1.097,1	22,4		15,0	
Extra-Handel			720,4	15,2	20,2	9,8	670,5	13,7	17,7	9,2	
JSA	7.317,4	27,4	622,7	13,2	17,4	8,5	787,8	16,1	20,8	10,8	
lapan	3.797,0	14,2	381,2	8,1	10,7	10,0	306,8	6,3	8,1	8,1	
Andere Länder	8.224,9	30,8	1.847,4	39,0	51,7	22,5	2.025,7	41,4	53,4	24,6	
Velt	26.663,9	100,0	4.731,3	100,0		17,7	4.887,9	100,0		18,3	
Ohne Intra-EU-15-Handel			3.571,7		100,0		3.790,8		100,0		
Euro-Raum²)	5.691,7	21,3	1.509,2	31,9		26,5	1.379,0	28,2		24,2	

Übersicht 4: Struktur des Außenhandels der EU 15 1997

		Exp			Impo	ort	Handelsbilanz				
	Insgesamt	Extra-Handel	Intro	ı-Handel	Insgesamt	Extra-Handel	Intro	a-Handel	Insgesamt	Extra-Handel	Intra-Handel
	Anteile o	am Export der EU	J 15 in %	Anteile am Gesamtexport in %	Anteile a	m Import der EU	I 15 in %	Anteile am Gesamtimport in %		Mrd. ECU	
EU 15	100,0	100,0	100,0	61,7	100,0	100,0	100,0	62,1	112,8	49,6	63,3
Euro-Raum	80,1	77,5	81,7	62,9	77,9	75,5	79,1	63,2	130,2	51,7	78,5
Österreich	2,8	2,8	2,8	62,2	3,3	2,3	3,9	73,4	- 5,4	4,4	- 9,9
Belgien-Luxemburg	8,1	5,4	9,8	74,3	8,0	6,1	9,1	70,8	11,7	- 1,9	13,6
Deutschland	24,0	27,9	21,6	55,5	21,8	23,9	20,4	58,3	66,6	40,7	25,9
Spanien	4,7	3,8	5,2	68,7	5,7	5,0	6,1	66,6	-12,6	- 6,0	- 6,6
Frankreich	14,2	14,0	14,2	62,0	14,2	12,8	15,1	65,9	15,1	15,5	- 0,4
Irland	2,5	2,0	2,8	68,8	1,8	1,7	1,9	65,1	14,3	3,3	11,1
Italien	11,2	13,3	9,9	54,6	10,4	10,8	10,1	60,6	26,6	23,1	3,4
Niederlande	9,6	5,3	12,3	78,9	9,4	10,3	8,8	58,2	15,1	-31,3	46,3
Portugal	1,1	0,6	1,4	80,2	1,7	1,1	2,1	76,3	- 9,8	- 3,3	- 6,5
Finnland	1,9	2,4	1,7	53,2	1,6	1,5	1,6	64,3	8,7	7,2	1,5
Andere EU-Länder	19,9	22,5	18,3	56,6	22,1	24,5	20,7	58,1	-17,3	- 2,1	-15,2
Dänemark	2,3	2,0	2,5	66,4	2,2	1,8	2,5	70,2	3,9	2,8	1,0
Griechenland	0,5	0,7	0,4	46,7	1,3	1,2	1,3	64,1	-13,2	- 3,3	- 9,9
Großbritannien	13,2	15,3	11,9	55,6	15,3	18,7	13,3	53,7	-23,2	-15,4	- 7,7
Schweden	3,9	4,5	3,5	55,6	3,3	2,8	3,6	67,7	15,2	13,8	1,4

wird zumeist anhand der Exportquote (Exporte in Prozent des BIP) beurteilt. Diese Kennzahl lautet für den Gesamt-export der EU 25,7%, für den Extra-Export aber nur 9,8%. Dieser Wert entspricht etwa jenem der USA und Japans.

Mit Exporten von 1.880 Mrd. ECU und Importen von 1.768 Mrd. ECU verzeichnete die EU 1997 einen Exportüberschuß von 113 Mrd. ECU, davon 63 Mrd. ECU im Intra-Handel und 50 Mrd. ECU im Extra-Handel. Die größte Handelsnation der EU ist Deutschland (1997 24,0% der EU-Exporte und 21,8% der EU-Importe) vor Frankreich, Großbritannien und Italien. Auf diese vier Nationen entfallen über 60% der Ausfuhr und Einfuhr der EU. Österreich nimmt unter den EU-Exporteuren mit einem Anteil von 2,8% den 9. und unter den Importeuren mit 3,3% den 8. Rang ein (Übersicht 3).

Fast zwei Drittel des EU-Außenhandels (61,7% der Exporte, 62,1% der Importe) betreffen den innergemeinschaftlichen Handel. Die höchste Exportverflechtung mit der Union weisen Portugal (80,2%), die Niederlande und Belgien-Luxemburg auf; Österreich rangiert mit 62,2% an der 7. Stelle. Der höchste EU-Importanteil ergibt sich ebenfalls für Portugal vor Österreich (73,4%) sowie Belgien-Luxemburg und Dänemark (Übersicht 4).

Die Salden im Intra- und Extra-Handel sind großteils durch die Stellung der einzelnen Länder im Konjunkturzyklus beeinflußt, sie spiegeln aber auch Strukturdifferenzen sowie historisch gewachsene Verflechtungen mit Drittstaaten (oft früheren Kolonien) wider. Hohe Überschüsse erreicht sowohl im Intra- als auch im Extra-Handel Deutschland, Italien, Frankreich und Schweden verzeichnen eine hoch aktive Bilanz im Extra-Handel sowie einen etwa ausgeglichenen Saldo im Intra-Handel. Die Niederlande weisen einen sehr hohen Uberschuß im Intra-Handel (46 Mrd. ECU) aus, dem ein Defizit im Extra-Handel von 31 Mrd. ECU gegenübersteht. In diesen Zahlen kommt die "Transithandelsfunktion" der Niederlande für die EU zum Ausdruck. Ähnliche Werte ergeben sich auch für Belgien-Luxemburg. Bemerkenswert sind die Daten für Irland, das bei einem hohen Überschuß gegenüber der EU auch mit Drittländern aktiv bilanziert.

Ein Defizit sowohl im Extra- als auch im Intra-Handel errechnet sich für die südeuropäischen EU-Länder (Spanien, Portugal und Griechenland) sowie auch für Großbritannien. In Österreich steht einem hohen Defizit im Intra-Handel ein etwa halb so hoher Überschuß im Extra-Handel gegenüber. Österreich war 1997 das einzige EU-Land neben Südeuropa und Großbritannien, das im Gesamthandel ein Defizit aufwies.

Übersicht 5: Außenhandel der EU real und nominell

	Export Veränderung Vorjah	Import g gegen das nr in %	1997 Export	Import Mrd. ECU	Handelsbilanz¹)		Import g gegen das hr in %	1998 Export	Import Mrd. ECU	Handelsbilanz¹)
Real Nominell	+10,0 +14,4	+ 9,2 +14,4	1.885,6	1.776,8	108,8	+ 5,5 + 3,7	+ 7,7 + 5,5	1.954.8	1.874,3	80,5
Intra-Handel	+13,6	+13,6	1.164,9	1.104,9	60,0	+ 5,2	+ 5,5	1.225,7	1.165,7	60,0
Extra-Handel	+15,7	+15,8	720,7	671,9	48,8	+ 1,2	+ 5,5	728,1	708,6	20,5

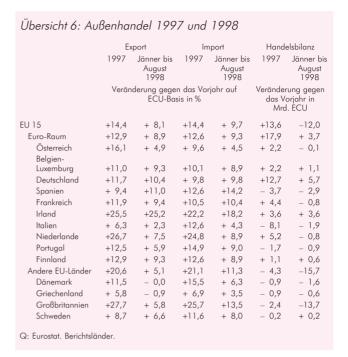
Q: Real: EU, April 1999. Nominell: Eurostat (1997: COMEXT CD-ROM, 1998: News Release 25/99, 18. März 1999). Werte: 1997 geringe Unterschiede zu Daten in Übersicht 3, 1998 geringe Unterschiede zu den Schätzungen der EU, April 1999. – ¹) Auf fob/fob-Basis: 1997 +141,9 Mrd. ECU, 1998 +142,8 Mrd. ECU.

Statistik des Außenhandels in der FU

Der Intra-Handel der EU wird auf Basis von Versendungen bzw. Zahlungseingängen erfaßt. Die für die einzelnen Länder berichteten Daten unterscheiden sich daher von den nationalen Statistiken, die weiterhin auf Grundlage von Ursprungs- und Bestimmungsländern ausgewiesen werden. Der Intra-Handel der EU sollte theoretisch beinahe ausgeglichen sein, der Saldo spiegelt großteils Ungenauigkeiten der Erfassung wider. Globale EU-Statistiken erfassen Exporte und Importe in der Regel auf fob-Basis. Nach dieser Abgrenzung ergibt sich 1997 für den Gesamthandel ein Exportüberschuß von 142 Mrd. ECU¹). Für die hier untersuchte regionale Gliederung sind Importe nur auf cif-Basis verfügbar.

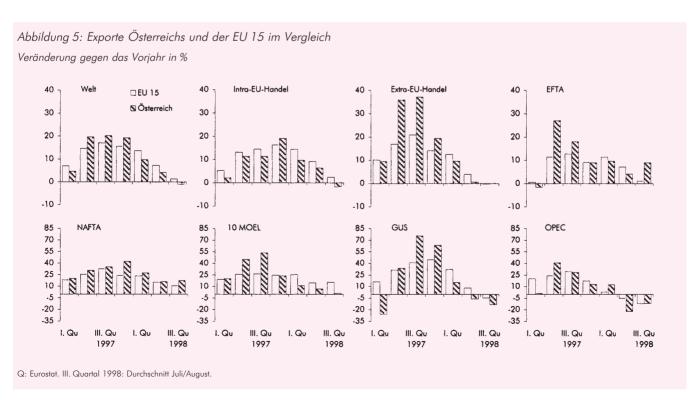
1998 NUR GERINGE ZUNAHME DES EU-AUSSENHANDELS

Die realen Exporte der EU dürften 1998 um 5,5% gewachsen sein, die Importe um 7,7%²). Die Exportdynamik flachte somit auf etwa die Hälfte der Werte von 1997 ab (+10,0%); die Zuwachsrate der Importnachfrage (1997 +9,2%) blieb hingegen real fast unverändert. Nominell verlangsamte sich das Wachstum der Gesamtexporte von 14,4% auf 3,7%, wobei die Ab-



schwächung im Extra-Export (von +15,7% auf +1,2%) viel deutlicher ausgeprägt war als im Intra-Export (von +13,6% auf +5,2%). Auch der Anstieg der nominellen Importnachfrage der EU sank merklich (von +14,4% auf +5,5%). Das Handelsbilanzaktivum der EU dürfte 1998 mit etwa 80 Mrd. ECU um etwa 30 Mrd. ECU geringer gewesen sein als 1997. Aus dem Extra-Handel resultierte 1998 nur noch ein Überschuß von etwa 20 Mrd. ECU (Übersicht 5).

Detaillierte Außenhandelsstatistiken liegen zur Zeit nur bis August 1998 vor. In den ersten acht Monaten 1998 stieg die Ausfuhr der EU demnach um 8,1% (ECU-Ba-



¹) Auf fob/cif-Basis unterscheidet sich der Gesamthandel nur geringfügig von den in Übersicht 4 wiedergegebenen Werten.

²) Schätzungen vom Februar 1999 (EU-Kommission, April 1999).

sis). Einen Exportboom verzeichnete nur Irland. Die Exporte von Deutschland, Frankreich, Belgien-Luxemburg, Spanien und Finnland nahmen um jeweils 9% bis 10% zu, nur schwach entwickelte sich die Ausfuhr von Italien, Dänemark und Griechenland. Hatten Österreichs Exporte 1997 – im Vergleich zur EU 15 – überdurchschnittlich expandiert, so nahmen sie 1998 (bis August) mit +4,9% deutlich weniger zu als jene anderer EU-Staaten.

Die Intra-EU-Exporte stiegen bis August 1998 um 9,6%, die Extra-EU-Exporte um 5,8%. Von der Abschwächung

der Extra-EU-Ausfuhr waren besonders Österreich und Finnland betroffen – Länder mit hohem Anteil am Ostexport –, aber auch jene vier EU-Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Die Gesamtimporte der EU erhöhten sich bis August 1998 um 9,7%; vor allem in Großbritannien, Irland, Spanien und Frankreich stieg die Nachfrage kräftig. Deutschland weitete seine Importe um 9,8% aus, Italien um nur 4,3%. Die Intra-EU-Importe dieser beiden Länder – der wichtigsten Absatzmärkte Österreichs – nahmen um 10,2% bzw. 1,5% zu (Übersicht 6).

Marked Slowdown in the EU's Foreign Trade, but Upswing in Domestic Demand – Summary

The European economy grew by 2.8 percent (euro area +3.0 percent) in 1998, the highest rate since 1994. Production and demand peaked in the first half of the year, when export still expanded at a lively pace. At first, the currency crises in South-East Asia had little effect on the EU's foreign trade. Starting in the second half of the year, however, the plunge in output in the Asian crisis countries together with the onset of the economic and financial crisis in Russia left deep marks in foreign trade. During the course of 1998, the business climate deteriorated significantly. Output in manufacturing declined by $2\frac{1}{2}$ percent from its peak in July to December.

The volume of the EU's exports is estimated to have expanded by 5.5 percent in 1998; imports soared by 7.7 percent. Thus, export growth dropped to about half the rate recorded in 1997, while import growth remained almost unchanged as a result of the buoyancy of domestic demand. At ECU 20 billion, the EU's surplus in trade with non-EU countries is likely to have been markedly lower than in 1997. Almost two thirds of the EU's foreign trade (61.7 percent of exports, 62.1 percent of imports) consist of trade within the community. The balances in intra-EU and extra-EU trade of each country are mainly determined by the country's cyclical position, but they also reflect structural differences as well as historical ties with third countries. Germany recorded high surpluses in intra-EU as well as in extra-EU trade.

The weakening of exports was partly offset by a pronounced pickup in domestic demand. Disposable income of private households was boosted by employment gains, higher wage settlements, a marked drop in inflation (as a result of the collapse of prices for raw materials), and a less stringent fiscal policy. These income gains fuelled an expansion in demand. Consumer spending (adjusted for price changes) rose by 2.7 percent on average in 1998 in the EU, providing the main stimulus to the economy. In view of high earnings and favourable sales prospects, investment in

machinery and equipment also advanced strongly (+8 percent in real terms). Investment in construction remained subdued, but, given the steep decline in interest rates, prospects have become brighter in recent months.

Economic policy in the EU during the years 1996 and 1997 was driven by efforts to fulfil the fiscal convergence criteria for admission into the Monetary Union. General government financial balance declined from -5 percent in 1995 to $-2\frac{1}{4}$ percent of GDP in 1997. In 1998, most countries did not pursue further consolidation policies, and many one-off austerity measures initiated in previous years expired. Nonetheless, thanks to higher tax revenues as a result of the gains in income and domestic demand, general government financial balance continued to decline to $-1\frac{1}{4}$ percent of GDP (euro area $-2\frac{1}{4}$ percent).

The acceleration in economic growth, particularly the expansion in domestic demand, which buoyed the relatively labour-intensive production in small-scale industry and in the service sector, provided some relief to the labour market in the EU. Employment advanced by at least 1 percent. Thus, the number of jobs has risen for four consecutive years, but the level of employment remained markedly below that recorded at the beginning of the 1990s. The rate of unemployment declined by ½ percentage point to 10 percent on average, and ranged from 2½ percent in Luxembourg to nearly 19 percent in Spain. At the beginning of the 1990s the EU average was as low as 8 percent.

The decrease in unemployment was particularly pronounced in those EU countries which achieved above-average economic growth and employment gains and which pursued intensive active labour market policies — Denmark, Spain, Ireland, the Netherlands, Portugal, and Finland. In 1998, Austria's unemployment rate (4.5 percent of the total labour force according to the EU Labour Force Survey) was the third lowest in the EU; lower figures were recorded only by Luxembourg and, for the first time, by the Netherlands.

DEUTLICHE ABSCHWÄCHUNG DER EXPORTDYNAMIK IM LAUFE DES JAHRES 1998

Die Exportdynamik der EU ließ im Laufe des Jahres 1998 spürbar nach. Die Wachstumsrate der Exporte sank von 13,7% im I. Quartal auf 7,2% im II. Quartal und 1,3% im III. Quartal (Juli/August). Die vorläufigen Daten für das IV. Quartal lassen sogar einen Rückgang um bis zu 10% möglich erscheinen³). Die Nachfrage blieb im Intra-Export stabiler als im Extra-Export, der sich in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich entwikkelte. Während die Ausfuhr in die NAFTA – und auch in die Oststaaten – bis in den Herbst lebhaft war, ging der Absatz in der OPEC, in der GUS und in der EFTA spürbar zurück.

Die österreichischen Exporte expandierten 1997 (mit Ausnahme des I. Quartals) kräftiger als jene der EU insge-

samt. Seit Anfang 1998 bleiben sie aber deutlich zurück. Im Intra-Handel entsprach die österreichische Exportdynamik 1997 etwa jener der EU, von Jahresbeginn 1998 an verschlechterte sich die österreichische Performance aber relativ zum EU-Durchschnitt. Erheblich divergierte die Entwicklung des Extra-Exports: Während des Exportbooms auf Drittmärkten Mitte 1997 realisierte Österreich etwa doppelt so hohe Zunahmen wie die anderen EU-Staaten (II. Quartal 1997 Österreich +36%, EU +17%, III. Quartal +37% bzw. +21%). Die Abflachung der Nachfrage im Jahr 1998 betraf aber Österreich viel stärker als die anderen EU-Exporteure (Abbildung 5).

Die hohen Schwankungen des österreichischen Exports wurden vor allem durch die Entwicklung der Nachfrage in den 10 MOEL und den GUS verursacht, wo Österreich seit dem Frühjahr 1997 besser, 1998 aber viel schlechter als die EU abschnitt. Diese Ergebnisse könnten mit der Warenstruktur des österreichischen Exports zusammenhängen, in welcher überdurchschnittlich konjunkturreagible Waren (Vorprodukte) stärker vertreten sind als in anderen EU-Staaten.

³) Diese Entwicklung könnte allerdings durch die Unvollständigkeit der Statistik überzeichnet sein und später korrigiert werden.